

GliederungEinleitung

<u>1. Teil: Wahlrechtsgestaltung und "Parteienzersplitterung" in der Weimarer Republik</u>	5
I. Kautelen gegen die "Parteienzersplitterung" im Wahlrecht auf Reichsebene	6
1. Wahlrecht zur Wahl der Nationalversammlung	8
2. Reichstagswahlrecht	10
II. Die "Splitterparteienbestimmung" des Wahlrechts von Reich und Ländern im Urteil der Weimarer Verfassungsrechtsprechung	16
1. Rechtsprechung des Wahlprüfungsgerichts beim Reichstag	17
2. Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich (StGH)	22
a) Rechtsprechung bis 1929	23
b) Entscheidung zum württembergischen Wahlrecht	26
c) Entscheidung zum preußischen Wahlrecht	29
3. Rechtsprechung des Bayerischen Staatsgerichtshofs	36
III. "Parteienzersplitterung" und das "Scheitern von Weimar"	38
1. Ausmaß und Folgen der Zersplitterung im Reichstag	41
2. Wahlreformdiskussion der Weimarer Zeit	50

2. Teil: Sperrklauseln im Wahlrecht nach 1945	58
 1. Abschnitt: Sperrklauseln in den geltenden Wahlrechtsnormen	58
 2. Abschnitt: Entstehungsgeschichte der Sperrklauselbestimmungen	63
I. Wahlrechtsdebatten in den Ländern der Westzone	65
1. Debatten in der amerikanisch besetzten Zone	66
a) Hessen	66
b) Württemberg-Baden	69
c) Bayern	72
2. Debatten in der französisch besetzten Zone	76
3. Debatten in der britisch besetzten Zone	79
a) Nordrhein-Westfalen	80
b) Niedersachsen	81
c) Schleswig-Holstein	83
d) Bremen	87
4. Zusammenfassende Bewertung	88
II. Auseinandersetzungen um Sperrklauselregelungen im Grundgesetz und im Wahlgesetz für den 1. Bundestag	89
1. Die 5%-Klausel in den Debatten des Parlamentarischen Rates	89
2. Der Einfluß der Ministerpräsidenten	96
III. Auseinandersetzungen über die endgültige Verankerung der 5%-Klausel im Bundestagswahlrecht	106
1. Wahlgesetz von 1953	111
2. Wahlgesetz von 1956	
IV. Die Gesetzgebungsentwicklung nach 1949 außerhalb des Bundestagswahlrechts	116
1. Länder	116
2. Europawahlgesetz	121

3. Abschnitt: Auswirkungen der 5%-Klausel auf die Entwicklung des Parteiensystems seit 1949 123

<u>3. Teil: Die 5%-Sperrklausel auf dem Prüfstand verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung</u>	137
<u>1. Abschnitt: Sperrklauseln im Wahlrecht von Bundestag und Landtagen</u>	139
I. Sperrklauseln als Problem der Wahlrechts- und Parteien-gleichheit	139
1. Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der Parteien	139
2. Sperrklauseln als Durchbrechung der Gleichheit	144
II. Argumente des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtfertigung von Sperrklauseln	147
III. Defizite der Sperrklauseljudikatur des BVerfG	153
1. Bedeutung des Wahlsystems	153
2. Fehlen einer Prognosekontrolle	157
a) Sperrklauseln als Prognoseproblem	157
b) Prognosekontrolle in der Sperrklauselrechtsprechung des BVerfG	159
c) Grundsätze zur Prognosekontrolle in der Rechts-sprechung des BVerfG	163
d) Gebotene Kontrolldichte bei Sperrklauseln	168
e) Dezision an Stelle von Prognosekontrolle	174
3. Parlament und Wähler in der Sperrklauselrechtsprechung des BVerfG	178
IV. Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte	184

2. Abschnitt: Rechtsprechung zu Sperrklauseln im Europa- und Kommunalwahlrecht	187
I. Europawahlrecht	187
II. Kommunalwahlrecht	195
1. 5%-Klausel im Gemeinderats- und Kreistagswahlrecht	195
a) Kommunalwahl als Parteienwahl	196
b) Funktionsfähigkeit des Rates	198
c) Nordrhein-westfälische Sondersituation	203
d) Kommunale Selbstverwaltung in Ländern ohne Sperrklauseln	204
2. 5%-Klausel im Wahlrecht von Bezirksvertretungen	207
3. Abschnitt: Änderbarkeit der Sperrklauselrechtsprechung	212
I. Zulässigkeit von 5%-Klauseln – ein Bestandteil des formellen Verfassungsrechts?	214
II. Bindung des Bundesverfassungsgerichts an seine eigene Rechtsprechung?	219
4. Teil: Verfassungsrechtliche Beurteilung von Sperrklauseln	226
1. Abschnitt: Sperrklauseln ohne Ermächtigung im Grundgesetz	226
I. Fehlende Ermächtigung zur Einführung der 5%-Klausel im Bundeswahlgesetz	226
1. Notwendigkeit einer grundgesetzlichen Eingriffsermächtigung im Schutzbereich eines Gleichheitsgrundrechts?	227
a) Verfassungsvorbehalt	229
b) Wille des historischen Verfassungsgebers	237
2. Unzulässigkeit der Einführung von Sperrklauseln im BWahlG ohne Ermächtigung im Grundgesetz	241

II. Notwendigkeit einer bundesverfassungsrechtlichen Ermächtigung für Sperrklauselbestimmungen in den Ländern?	244
<u>2. Abschnitt:</u> Unbehagen gegenüber der 5%-Klausel - "nur" verfassungspolitisch von Bedeutung?	248
<u>3. Abschnitt:</u> Auswirkungen eines unbeschränkten Proporzes auf das Parteiensystem	251
I. Auswirkungen der 5%-Klausel auf die Bereitschaft zur Gründung neuer Parteien	252
II. Typen von Parteigründungen und Einfluß der 5%-Klausel	260
III. Parteiensystem der Bundesrepublik ohne Sperrklausel	264
<u>4. Abschnitt:</u> Arbeitsfähigkeit eines ohne Geltung der Sperrklausel gewählten Parlaments	267
I. Parlamentsfunktion der Regierungsbildung	269
1. Regierungsbildung in der Praxis von Bundestag und Landtagen	269
2. Koalitionsbereitschaft kleiner und neuer Parteien	272
II. Gesetzgebungsfunktion	278
1. Gesetzgebungspflicht des Parlaments?	278
2. Bedeutung der Gesetzgebungstätigkeit für die Landtage	282
3. Arbeitsteilung im Mehr-Parteien-Parlament	283
III. Kontrollfunktion	292
IV. Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion	296

5. Abschnitt: Negative Auswirkungen der Sperrklausel auf das politische System der Bundesrepublik	297
I. Wahl und Wahlkampf	298
1. Erfolglose Stimmen	298
2. Antizipation der Sperrklausel	299
3. Gefährdung des Mehrheitsprinzips durch sperrklauselbedingte Zufälle	304
II. Sperrklausel und Parteiensystem - verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beurteilung	308
1. 5%-Klausel und Chancen neuer Parteien	308
a) Inhalt der Parteigründungsfreiheit	308
b) Leerlauf der Parteigründungsfreiheit als Folge der 5%-Klausel-Bestimmungen?	314
2. Parteienoligopol und Offenheit des politischen Prozesses	319
a) Notwendigkeit von Konkurrenz im Parteiensystem	319
b) Entscheidung für die Verhältniswahl als Absage an ein Zwei-Parteien-System	324
c) Gefährdung der Offenheit des politischen Prozesses	330
3. Organische Entwicklung des Parteiengefüges	335
III. Repräsentationsfähigkeit der Parlamente	340
6. Abschnitt: Der Stellenwert "Weimarer Erfahrungen" in der Gegenwart	346
7. Abschnitt: Folgerungen für die verfassungsrechtliche Beurteilung von Sperrklauseln	352
I. Verfassungswandel	354
II. Nachbesserungspflicht der Gesetzgeber	360

III. Differenzierung bei der Nachbesserung – verfassungsrechtlich geboten?	368
1. Prägender Einfluß des Bundestagswahlrechts auf das Wahlrecht in den Ländern	369
2. Niedrigeres Quorum in den Ländern als im Bund – ein Verfassungsgebot?	373
 Zusammenfassung der Ergebnisse des 4. Teils	 380
 <u>5. Teil: Modifikation der 5%-Regelung</u>	 382
I. Niedrigeres Quorum als 5%	383
1. Anhaltspunkte für ein neues Quorum	383
2. Wegfall der Grundmandatsklausel	389
II. Modifizierung des 5%-Quorums	393
1. Auf- oder Abrundung	393
2. Länderbezogenes Quorum	394
3. Dispens von der 5%-Klausel in Ausnahmefällen	403
a) Tatbestände der Nichtanwendung der 5%-Klausel	404
b) Verfassungsmäßigkeit der Ausnahmeregelungen	409
4. Einführung einer Hilfstimme	412
5. Ersetzung der 5%-Klausel durch das Erfordernis einer Mindeststimmenzahl	416
 Zusammenfassung der Ergebnisse des 5. Teils	 418